

Pressemitteilung

Berlin, den 12. Dezember 2013

Wachstumsstarkes Pankow zukunftssicher gestalten

SPD-Fraktion Pankow zu den Konsequenzen aus der Bevölkerungsprognose

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat sich vor einem Jahr im Rahmen einer Großen Anfrage der SPD-Fraktion erstmals mit den Konsequenzen der Bevölkerungsprognose des Senats für die Berliner Bezirke 2011 bis 2030 beschäftigt. Jetzt fordern die Sozialdemokraten eine Gesamtstrategie, die dem weiteren rasanten und überdurchschnittlichen Wachstum des Bezirks Pankow Rechnung trägt.

Ein gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eingebrachter BVV-Antrag sieht vor, dass unter anderem sämtliche bezirkliche Entwicklungspläne mit der Prognose abgeglichen werden. Auf dieser Grundlage kann dann der benötigte Ausbau der sozialen Infrastruktur ermittelt werden. Ferner sollen mittel- und langfristige Ziele für die weitere bezirkliche Entwicklung definiert und ein Anforderungsprofil für die Information und Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden, um sie in die Sicherung und den Ausbau der bezirklichen Infrastruktur sowie die Schaffung neuen Wohnraums eng mit einzubeziehen.

„Der Bezirk hat bereits damit begonnen, Vorsorge für den weiterhin stark ausgeprägten Zuzug nach Pankow zu treffen. Allerdings fehlt noch ein Gesamtbild, das uns bei künftig anstehenden Entscheidungen hilft“, betont die SPD-Bezirksverordnete Sabine Röhrbein. „Wir müssen wissen, in welchem Ortsteil Kitas und Schulen gebaut werden müssen, welche Aufgaben freie Träger für die einzelnen Zielgruppen übernehmen können, wo Jugend- und Seniorenfreizeitstätten fehlen und wo es an Sport-, Spiel-, Freizeit- und Grünflächen mangelt. Durch die jüngste Volkszählung hat sich nichts an der Grundaussage der Bevölkerungsprognose des Senats geändert. Deshalb müssen wir nun zum Beispiel die Verdichtungs- und Neubaupotenziale in unserem Bezirk genau bewerten und daraus unsere Schlüsse ziehen. Dazu gehört auch, die jeweils benötigten Vorhaben zeitlich einzuordnen sowie finanziell und personell zu untersetzen. Denn am Ende heißt es immer: Wie viele Kosten fallen an und wer soll es jeweils umsetzen?“

Die BVV hat bei ihrer Tagung am 11. Dezember 2013 den Antrag „Vorsorge für weiter wachsenden Bezirk treffen“ zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.